

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



Antworten auf den Fragenkatalog zur Breitbandversorgung in Hessen

1. Breitbandausbau und kabelgebundene Breitbandnetze

Grundlage für das Hochleistungsnetz sind einerseits kabelgebundene Netze und andererseits Hochleistungsfunknetze bzw. Richtfunkstrecken entsprechender Kapazität.

a) Welche Probleme und Hemmnisse sehen Sie derzeit beim Ausbau von Breitband insbesondere in ländlichen Räumen?

VATM: Grundproblem ist, dass die Erschließung ländlicher Gebiete mit Breitband oft nicht wirtschaftlich ist. Ausschlaggebend für die hohen Erschließungskosten sind zum Einen die erheblich längeren Zuführungswege per Glasfaserstrecken oder Richtfunk vom nächsten Breitbandpop bis zum unversorgten Ort. Zum Zweiten ist die Bevölkerungsdichte in ländlichen Gebieten oft sehr geringer, was zu einer weiteren Verteuerung der Ausbaurkosten pro Leitungskilometer führt. Zum Dritten ist die Nachfrage nach Breitbandanschlüssen im ländlichen Raum im Schnitt nur etwa halb so hoch, wie in den Ballungsgebieten. Im Wesentlichen aufgrund dieser drei Gründe, sind die Ausbaurkosten pro Kunden auf dem Land daher um ein Vielfaches höher als in der Stadt – wohingegen die erzielbaren Endkundenpreise nur unwesentlich von denen in Ballungsgebieten abweichen können. Auch angesichts des Ziels möglichst gleicher Lebensbedingungen in Stadt und Land, ist die Veranschlagung deutlich unterschiedlicher Anschlusspreise kaum zu realisieren.

Dort wo sich ein Ausbau als nicht wirtschaftlich erweist, sind die aus diesem Grund zur Verfügung gestellten staatlichen Fördermittel grundsätzlich sinnvoll – allerdings sind die Vergabebedingungen häufig zu kompliziert, zu aufwendig und an nicht nachvollziehbare Voraussetzungen geknüpft.

Darüber hinaus hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass sich bei einer geplanten Kabelverlegung insbesondere die Unterquerung von Bahntrassen als besonders planungs- und kostenintensiv erweist.

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



Ein Ausbau durch Anbieter kostengünstigerer Breitbandtechnologien wie insbesondere Funk scheitert oft an fehlender Planungssicherheit für die Unternehmen. Die DTAG verweigert aus unternehmensstrategischen Gründen die Schaffung von Transparenz hinsichtlich ihrer eigenen Ausbaupläne. Häufig baut die DTAG – nachdem sie oft jahrelang eine DSL-Erschließung als unwirtschaftlich abgelehnt hat – genau dann doch aus, wenn alternative Anbieter den Ausbau angekündigt oder begonnen haben. Dadurch werden die Investitionen der meist kleinen und mittleren Unternehmen unwirtschaftlich und ein zügiger flächendeckender Breitbandausbau auf dem Land deutlich erschwert.

b) Wie können diese aus Ihrer Sicht beseitigt werden?

VATM: Zielführend ist ein Mix verschiedener Instrumente zur Förderung des Infrastrukturausbaus. Dies umfasst etwa den Ausbau von Informationsangeboten für Kommunen und Unternehmen und die Informationsbündelung, die Optimierung staatlicher Fördermittelvergaben sowie die verbesserte Nutzung von Synergieeffekten beim Infrastrukturausbau – insbesondere bei der Nutzung bereits vorhandener Infrastrukturen und bei der Leerrohrverlegung. Darüber hinaus ist es insbesondere für viele mittelständische Unternehmen aktuell von zentraler Bedeutung, Hilfen bei der Kreditbeschaffung zu erhalten – sowohl durch die Auflegung staatlich geförderter Kreditprogramme, als auch zumindest durch staatliche Bürgschaften. Nicht zuletzt wird es auf die künftigen Rahmenbedingungen für den anstehenden Glasfaserausbau ankommen. Um den angestrebten Ausbau von Glasfasernetzen erfolgreich voranzubringen ist ordnungspolitisch ein konsequenter Open Access-Ansatz erforderlich, der geeignete Kooperationsformen ermöglicht und Dienstleistern diskriminierungsfreien Netzzugang gewährt.

Die Politik sollte Anreize für Investitionen schaffen – die Wirtschaft steht in der Verantwortung, gemeinsam mit allen Beteiligten möglichst rasch eine Verständigung zu technischen Standards und Schnittstellen herbeizuführen.

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



c) Welche Ausbaupläne haben Sie insbesondere für die ländlichen Räume für eine zukünftige hochbitratige Versorgung (50-100 MBits/s)?

VATM: Als Wettbewerbersverband im deutschen Telekommunikationsmarkt verfolgen wir keine eigenen Ausbaupläne. Wir vertreten jedoch die Interessen unserer Mitgliedsunternehmen, die seit der Liberalisierung hohe zweistellige Milliardenbeträge in den Breitbandausbau investiert haben und seit Jahren für über fünfzig Prozent der Gesamtinvestitionen im Markt verantwortlich sind.

d) Welche Bedeutung einer leistungsfähigen Breitbandanbindung sehen Sie bereits heute für die unternehmerische und berufliche Nutzung sowie im Bereich der Aus- und Weiterbildung im ländlichen Raum?

VATM: Die Möglichkeit zur Nutzung breitbandiger Dienste, wie etwa das Internet, wird immer stärker zum bestimmenden Standortfaktor – sowohl für Unternehmen und Gewerbetreibende, als auch für Privatpersonen und Familien. Die Breitbandversorgung ist in vielen Bereichen zu einer zentralen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe geworden. Für fast alle heute relevanten Anwendungen (außer Internet-TV / HDTV) sind dabei Übertragungskapazitäten von 2 MBit/s ausreichend und von 16 MBit/s als sehr gut zu bezeichnen.

e) Wie kann die Mitbenutzung öffentlicher Ressourcen (Wegerechte, Kabelkanäle, Glasfaser) stärker gefördert werden? Wie hilfreich ist dabei die Förderung von Leerrohren u. ä. Maßnahmen?

VATM: Die Verlegung von Leerrohren anlässlich von ohnehin durchgeführten Tiefbaumaßnahmen stellt grundsätzlich ein sinnvolles Instrument dar, um eine Breitbandversorgung auf dem Land kostengünstiger und damit schneller realisierbar zu machen. Dies gilt insbesondere bei der Überbrückung größerer Distanzen – etwa für eine Leerrohrverlegung entlang von Landstraßen zwischen einzelnen Orten oder Ortsteilen. Berücksichtigt werden müssen in diesem Zusammenhang allerdings technische Anforderungen, die ein späteres Einschließen von Glasfaserkabeln und die Weiterverlegung von Glasfasersträngen in einzelne Straßenzüge bis hin zu Hausanschlüssen einfach ermöglicht.

Länder und Kommunen sollten dafür Sorge tragen, bestehende gesetzliche und untergesetzliche Regelungen so anzupassen, dass bei staatlich durch das Land oder die Gemeinde ge-

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



förderten Tiefbaumaßnahmen auch die Verlegung von Glasfaserleerrohren finanziert werden kann.

Unabhängig hiervon bietet der bundesweite Infrastrukturatlas bei der Bundesnetzagentur eine hervorragende Grundlage, um Synergieeffekte optimal zu nutzen. Neben den privaten Infrastrukturen sollten daher auch alle öffentlichen und kommunalen Infrastrukturen in den Infrastrukturatlas aufgenommen werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des Infrastrukturatlases sollten konsequent, wie geplant, weiter fortgeführt werden.

f) Sind neben der Leerrohrverlegung weitere operative Maßnahmen für den schnellen Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes notwendig?

VATM: siehe Antworten zu den Ziffern 1b) und 1e).

g) Welche Maßnahmen können einen Ausbau von kabelgebundenen Strukturen unterstützen?

VATM: Wir sind davon überzeugt, dass es zukünftig annähernd flächendeckende Glasfaserinfrastrukturen in Deutschland geben wird. Der Ausbauprozess wird jedoch voraussichtlich deutlich mehr als zehn Jahre benötigen. Im Einzelfall kann dieser Ausbau durch sinnvolle unterstützende Rahmenbedingungen (siehe oben, insbesondere Ziffern 1b) und 1e) beschleunigt werden. Gemeinden sollten daher nicht einfach abwarten, bis sich eventuell ein Investor etwa für den Bau eines DSL-Netzes oder gleich für die Verlegung von Glasfaserinfrastruktur findet. Sinnvoll ist vielmehr, ländliche Gemeinden so schnell wie möglich mit Hilfe alternativer Funktechnologien breitbandig zu erschließen und diese Funktechnologien als Teil eines Migrationsplanes zur Anbindung an die künftige Glasfaserinfrastruktur anzusehen. Hierdurch kann auch die Nachfrage nach Breitbandanschlüssen deutlich gesteigert und damit die Wirtschaftlichkeitslücke für die Verlegung von Glasfaserinfrastruktur verkleinert oder sogar geschlossen und die unter Ziffer 1a) geschilderten Probleme verringert werden.

Darüber hinaus können von Seiten der Gemeinden vereinfachte Genehmigungsverfahren und eine kostengünstige Bereitstellung öffentlicher Flächen und Gebäude für die Installation von notwendiger Übertragungstechnik (z.B. Antennenstandorte und Multifunktionsgehäuse, usw.) zu einem beschleunigten Breitbandausbau beitragen.

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



h) Welche Rahmenbedingungen müssen seitens des Landes geschaffen werden, um die Verlegung unternehmenseigener Rohre zu erleichtern?

VATM: In jedem Fall ist eine Standardisierung und eine Abstimmung zwischen den Bundesländern erforderlich, um einheitliche technische, aber auch einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen sicherzustellen. Da Unternehmen länderübergreifend tätig sind, Problembereiche länderübergreifend bestehen und Bürokratiehemmnisse unbedingt vermieden werden müssen, sind alle Länder dringend aufgefordert, für möglichst gleiche und möglichst einfach handhabbare Förder- und Vergaberichtlinien Sorge zu tragen. Unternehmen, die in Leerrohre investieren, sollte auf jeden Fall auch ermöglicht werden, unbeschaltete Glasfaserleitungen mitzuverlegen.

i) Wie können im Hinblick auf das NGN (Next-Generation-Networks) und dem damit kommenden Abbau von Hauptverteiltern Fehlinvestitionen vermieden werden?

VATM: Fest steht, dass zukünftig in einem deutlich geringeren Maße Hauptverteilerstandorte benötigt werden und daher Standorte in erheblichem Umfang abgebaut werden. Inwieweit Standorte betroffen sind, die bereits von mehreren Unternehmen erschlossen wurden, ist nach dem derzeitigen Planungsstand der DTAG allerdings nicht absehbar. Um getätigte Investitionen nicht zu entwerten und um Fehlinvestitionen zu vermeiden, müssen Regelungen geschaffen werden, die bei einer Migration auf neue zentralere Standorte eine verursachungsgerechte Kostenverteilung gewährleistet.

2. Mobilfunk und Digitale Dividende

a) Wie hoch schätzen Sie die Akzeptanz von Mobilfunk für die Breitbandkommunikation ein?

VATM: Der Mobilfunk ist in doppelter Hinsicht wichtig für den Breitbandausbau. Zum Einen wird seine Bedeutung bei der kurzfristigen Beseitigung der „weißen Flecken“ in der Versorgung immer deutlicher. Darüber hinaus ist aber auch ein deutlicher Nutzungstrend hin zu mobilen Breitbandanwendungen erkennbar. Mobilfunkanwendungen unterstützen damit die

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



Nachfrage der Bevölkerung auch nach breitbandigen Festnetzanbindungen und führen keinesfalls einseitig zu einer Substituierung derselben.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, die Akzeptanz für Funkanbindungen zu vergrößern, die zur Schließung unversorgter Gebiete hervorragend geeignet sind. Unbedingt einzubeziehen sind hier insbesondere Richtfunk- und Satellitenlösungen. Gerade zur schnellen Versorgung von schwer zu erschließenden Regionen eignet sich die Funkanbindung über Satellit am Besten.

b) Wie sind zum heutigen Stand die Leistungsfähigkeit der Funknetze und ihre künftige Entwicklung zu bewerten?

VATM: Funk und Mobilfunknetze leisten schon heute einen erheblichen Beitrag zur Erfüllung der Kommunikations- und Informationsbedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft. In den Ballungszentren haben wir bereits heute auch die Möglichkeit hochbitratige Datendienste (Downlink bis zu 28 Mbit/s) mobil zu nutzen. Mit dem Ausbau der HSPA-Technologien und von LTE (Long Term Evolution) wird die Leistungsfähigkeit weiter zunehmen (Downlink >100 Mbit/s im shared Access). Auch im Bereich der Satellitenkommunikation wird sich die zur Verfügung stehende Übertragungskapazität in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich mehr als verdoppeln. Damit können entsprechend des Ausbaustandes der Funknetze alle heute relevanten Anwendungen über Funk sichergestellt werden. Zukünftig ist mit weiter wachsenden Übertragungsraten bei allen Funktechnologien zu rechnen.

c) Welche Perspektive bietet aus Ihrer Sicht insbesondere die Digitale Dividende? Wie schnell soll sie ausgerollt werden?

VATM: Für einen flächendeckenden Ausbau der Breitbandnetze sind zusätzliche Funkfrequenzen unterhalb von 1 GHz zwingend erforderlich. Nur so können Breitbanddienste in der Fläche zu akzeptablen Kosten für die Nutzer angeboten werden. Mit der wachsenden Nachfrage nach mobilen Breitbanddiensten wird dieser Bedarf an Frequenzspektrum in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Bereits heute führt zum Beispiel Ericsson gemeinsam mit E-Plus und Vodafone Pilotprojekte in der Digitalen Dividende durch.

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



In diesem Frequenzbereich wird in ganz Europa und weltweit versucht werden, die Möglichkeiten für eine möglichst flächendeckendere Breitbandkommunikation zu verbessern. Deutschland sollte hier unbedingt eine Führungsrolle einnehmen, um positive Effekte für die Bevölkerung aber auch für die Technologieanbieter und nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort sicherzustellen.

3. Ausbau kommunaler Netze

a) Welche Erfahrungen haben Sie beim Ausbau kommunaler Netze? Welche Probleme stehen dem entgegen?

VATM: Die Ausbausituation und Versorgungslage sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind regional sehr unterschiedlich und lassen großflächige und regional übergreifende Planungen in vielen Fällen nicht zu.

Daneben erweisen sich extrem lokale Ansätze für einen wirtschaftlichen Ausbau häufig ebenfalls als hinderlich. Dies insbesondere dann, wenn technisch bedingt kommunal übergreifende Gebiete erschlossen werden müssen. Eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit kommunal agierender Unternehmen, etwa auf Kreisebene, ist hier unerlässlich. Darüber hinaus sollte dringend darauf geachtet werden, dass Investitionen privater Unternehmen durch Aktivitäten der öffentlichen Hand nicht entwertet werden und dadurch der Anreiz für private Infrastrukturinvestoren verringert oder gar vernichtet wird.

Bereits heute ist absehbar, dass es zu einer erheblichen Zersplitterung und zu einer großen Anzahl unterschiedlicher Infrastruktur ausbauenden Unternehmen kommen wird. Für alle Netze, insbesondere aber auch für alle kommunalen Netze ist ein stringenter Open Access-Ansatz zu verfolgen, um bundesweite Angebote insbesondere auch an überregional operierende Unternehmen zu ermöglichen.

Stellungnahme des VATM

zur öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Hessischen Landtags zur "Herstellung einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in Hessen" am 14. Januar 2010



b) Mit welchen Maßnahmen können Kommunen im ländlichen Raum, die für die Erschließung ihrer Gewerbegebiete keine GRW-Mittel in Anspruch nehmen können, unterstützt werden?

VATM: Soweit bundes-, landes- oder europaweite Fördermöglichkeiten nicht bestehen, sollten den Kommunen bzw. den vor Ort ausbauenden Unternehmen eine vereinfachte Kreditvergabe ermöglicht oder Bürgschaften angeboten werden. In vielen Fällen sind bei der Erschließung regional relevanter Gewerbegebiete lokal agierende KMU aktiv, die besonders auf Vor- und Zwischenfinanzierungsmöglichkeiten angewiesen sind.

Berlin, 4. Januar 2010